Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4786

03. 06. 96

Antrag

der Abgeordneten Klaus Lennartz, Dr. Marliese Dobberthien, Susanne Kastner, Michael Müller (Düsseldorf), Wolfgang Behrendt, Friedhelm Julius Beucher, Ursula Burchardt, Marion Caspers-Merk, Ludwig Eich, Lothar Fischer (Homburg), Arne Fuhrmann, Dr. Liesel Hartenstein, Volker Jung (Düsseldorf), Horst Kubatschka, Eckart Kuhlwein, Christoph Matschie, Ulrike Mehl, Jutta Müller (Völklingen), Georg Pfannenstein, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Dietmar Schütz (Oldenburg), Richard Schuhmann (Delitzsch), Reinhard Schultz (Everswinkel), Dr. Angelica Schwall-Düren, Ernst Schwanhold, Wieland Sorge, Dr. Dietrich Sperling, Dr. Peter Struck, Dr. Bodo Teichmann, Jella Teuchner, Dr. Wolfgang Wodarg, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Minimierung hormonell wirkender Chemikalien, die ins Wasser gelangen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Chemikalien mit hormoneller bzw. endokriner Wirkung gehören nicht in Gewässer und Trinkwasser, da sie Mensch und Tier in ihrer Fortpflanzungsfähigkeit gefährden und Krankheiten wie Brust- und Hodenkrebs verursachen können. Seit einiger Zeit ist nachgewiesen, daß Fische und andere Organismen durch Umweltchemikalien, z. B. Abbauprodukte der Alkylphenolethoxylaten (APEO) hormonell beeinflußt werden und männliche Tiere verweiblichen. Seit kurzem weiß man, daß auch bei Säugetieren, z. B. Ratten, durch derartige Umweltchemikalien signifikante mutagene Reaktionen bewirkt werden.

Es ist nicht auszuschließen, daß im Wasser feststellbare natürliche und synthetische Östrogene sowie deren Metaboliten, bestimmte Industriechemikalien (z. B. Alkylphenole, Phthalate, Styrole) und Pestizide sowie östrogen wirksame Substanzen pflanzlicher und mikrobieller Herkunft auch beim Menschen zur Abnahme der Fruchtbarkeit – Fertilität und zur Zunahme von Krebs führen.

Auch wenn es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich ist, strenge Ursache-Wirkung-Beziehungen für feststellbare Fehlentwicklungen abzuleiten, gebietet es das Vorsorgeprinzip, die Auswirkungen auf Mensch und Natur durch hormonell wirksame Chemikalien in der Umwelt soweit wie möglich zu verhindern. Die Tatsache, daß z. Z. die Meßsysteme noch nicht vorhanden sind, Wasser überall auf seine Belastung mit diesen Chemikalien im Nanogrammbereich zu untersuchen, darf

nicht dazu führen, daß wirksame Maßnahmen zur Minimierung bzw. zur Verhinderung der Einträge dieser Chemikalien ins Wasser und in die Umwelt aufgeschoben werden.

Wissenschaftliche Forschungsarbeiten zur Klärung der Wirkung von Umweltchemikalien auf die Entwicklung von Organismen müssen in Zusammenarbeit mit europäischen und internationalen Wissenschaftlern verstärkt werden.

Wo konkrete Hinweise auf hormonell wirkende Chemikalien im Grundwasser, Oberflächenwasser und Abwasser, Gülle und Trinkwasser vorliegen, müssen die in der Industrie, in der Landwirtschaft bzw. in Haushalten verwendeten Chemikalien verboten und ihr Eintrag in Gewässer und Trinkwasser verhindert werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. nachgewiesene hormonell wirkende Chemikalien, die ins Grundwasser, in Oberflächengewässer und Trinkwasser gelangen, unverzüglich zu verbieten und ihren Eintrag in die Gewässer so schnell und soweit wie möglich zu minimieren;

2. die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten zu verstärken, um hormonell wirkende Chemikalien zu erfassen;

3. den Einsatz von Chemikalien, bei denen es begründete Verdachtsmomente gibt, zu minimieren bzw. auszuschließen;

4. für Trinkwasser sowie pflanzliche und tierische Nahrungsmittel sind für alle hormonell wirkenden Umweltchemikalien, für natürliche und synthetische Östrogene sowie für Pyto- und Mykoöstrogene Grenzwerte entsprechend dem Vorsorgeprinzip festzulegen;

5. auch auf internationaler Ebene ist die interdisziplinäre Forschung über die toxikologische und ökotoxikologische Wirkung endokrin wirkender Substanzen verstärkt zu fördern. Dabei sind Ermittlungen der Bioverfügbarkeit und evtl. Kombinationswirkungen bei Umweltöstrogenen besonders zu berücksichtigen.

Bonn, den 23. Mai 1996

Klaus Lennartz
Dr. Marliese Dobberthien Susanne Kastner
Michael Müller (Düsseldorf)
Wolfgang Behrendt
Friedhelm Julius Beucher Ursula Burchardt
Marion Caspers-Merk
Ludwig Eich
Lothar Fischer (Homburg)
Arne Fuhrmann
Dr. Liesel Hartenstein
Volker Jung (Düsseldorf)
Horst Kubatschka
Eckart Kuhlwein
Christoph Matschie
Ulrike Mehl
Jutta Müller (Völklingen)
Georg Pfannenstein
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Richard Schuhmann (Delitzsch)
Reinhard Schultz (Everswinkel)
Dr. Angelica Schwall-Düren,
Ernst Schwanhold
Wieland Sorge
Dr. Dietrich Sperling
Dr. Peter Struck
Dr. Bodo Teichmann
Jella Teuchner
Dr. Wolfgang Wodarg
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333